

Alte Personen abgeben lassen können. Diese Erleichterung ist nunmehr auch auf Rentenzugewinn im Ortsbestellgebiet, also auf alle Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ausgedehnt worden. Rentenzugewinn, die die Zahlung ihrer Rentenbeträge durch den Briefträger wünschen, haben dies schriftlich oder mündlich bei der Postanstalt, die die Auszahlung vornimmt, unter Angabe der Gründe zu beantragen und eine von der Orts- oder Polizeibehörde ausgestellte Bescheinigung über die Richtigkeit ihrer Begründung vorzulegen.

Die öffentliche Lebensversicherungsanstalt der Sportfischen im Freistaat Sachsen hat ihren in der am 27. Mai stattgefundenen Verbandsgeneralversammlung verabschiedeten Jahresbericht veröffentlicht, dieser liegt zur Einsichtnahme bei allen Spar- und Girokassen aus.

Handelserlaubnispflicht. Die Reichsverordnungen über eine besondere Erlaubnis zum Großhandel mit Lebens- und Futtermitteln und zu allem übrigen Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs sind die durch die Reichsverordnung vom 28. Juni 1924 (Reichsgesetzbl. S. 861/24) mit Wirkung vom 1. Juli 1924 ab aufgehoben. Der Beginn des Handels ist nur noch anmeldepflichtig nach Paragraph 14 der Reichsgewerbeordnung. Besondere Handelserlaubnisse sind auch ferner noch vorgeschrieben für den Handel mit Milch, mit Fleisch, sowie nach der Reichsverordnung vom 11. Juni 1923 über den Verkehr mit edlen Metallen und mit Edelmetallen, Edelsteinen, Perlen usw.

Die größte Wasserkraftanlage Sachsens. Der Finanzminister Dr. Reinhold war in Begleitung des Ministerialrats Sorger und anderen Herren seines Ministeriums in Buzen, um mit Vertretern der Stadt und der Anlieger wegen der geplanten Wasserkraftanlage zu verhandeln. Wie die „L. N. R.“ hören, ist es bei den Besprechungen gelungen, alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, sodass mit dem Bau der Anlage, der für mehr als Jahresfrist etwa 1000 Arbeiterbeschäftigung bieten wird, sofort begonnen werden kann, was im Interesse der wachsenden Arbeitslosigkeit außerordentlich wünschenswert ist. Es wird das sogenannte große Projekt unter Einbeziehung der Wasserkraft der Krietschmühle zur Ausführung kommen, das nach seiner Vollendung die größte Wasserkraftanlage Sachsens ist und das das Gefälle der Mulde von Wurzen bis zur Landesgrenze restlos ausnützt.

Das Ausspielen von Waren auf Volksfesten. Eingeklagene Beschwerden aus Gewerbetreibenden gegen das Ueberhandnehmen der Auspielungen von allen möglichen Waren auf sonnenaneren Volksfesten, wie Schützenfesten usw., veranlaßten die Gewerbetreibenden, sich in entsprechenden Eingaben an die zuständigen Stellen zu wenden und bei diesen gegen derartige Mißstände vortrefflich zu werden. Vom Ministerium des Innern ist nun der Gewerbeamtler mitgeteilt worden, daß es die vorgebrachten Klagen für durchaus berechtigt halte. Es habe deshalb bereits am 30. Juni 1924 eine Verordnung erlassen, die dazu bestimmt sei, den regelmäßigen, zuverlässigen Warenverkauf zu schützen und die erwähnten Mißstände zu beseitigen. Nach dieser Verordnung, die allen dem Ministerium unterstellten Behörden, als Kreis- und Amtshauptmannschaften, Polizeipräsidien und Stadträten zugegangen ist, darf die Genehmigung nur erteilt werden zum Ausspielen von Waren und von geringwertigen gläsernen, zinnernen, blechernen, irdenen und ähnlichen Waren. Die Genehmigung ist zu verweigern, wo die Auspielung den regelmäßigen, zuverlässigen Warenverkauf Abbruch tun würde.

Wondfinsternis. Am 14. August wird in Mitteleuropa der vollständige Verlauf einer Wondfinsternis zu beobachten sein. Für unsere Breitenlage geht der Mond am dem genannten Tage gegen 7 Uhr abends auf. Die Verfinsternung beginnt gegen 8 1/2 Uhr, die totale Wondfinsternis tritt gegen 9 1/2 Uhr ein.

Eigentümer gesucht! In Schwarzenberg wurde einem Händler eine goldene Damenuhr abgenommen, die mit der Gravierung W. D. der Widmann, 3. frdl. Erinnerung v. d. Pathe Dufnager 3. 5. 04 und der Nr. 234 382 versehen ist. Die Uhr ist annehmbar durch eine strafbare Handlung erlangt worden.

Von einem Lastauto überfahren. Die schon oft erwähnte Unfälle, daß Kinder sich an Wagen hängen, hat am Sonnabend in Leipzig wieder ein Opfer gefordert. An dem genannten Tage hing sich ein 12jähriger Junge an ein Lastauto. Hierbei geriet er mit einem Bein in das Hinterrad und dieses ging ihm über den Kopf und Leib, sodass der Tod auf der Stelle eintrat. Der bedauerliche Vorfall sollte alle Eltern veranlassen ihren Kindern das Anhängen an Wagen, wie man das oft beobachten kann, auf das strengste und eindringlichste zu verbieten und sie besonders auf die damit verbundene schwere Gefahr aufmerksam machen, die leider von den Kindern meist gar nicht erkannt wird.

Hundert Einbruchsdiebstähle aufgeklärt. Gelegentlich einer Streife der Fahndungsabteilung 6 des Dresdner Polizeipräsidiums wurde vor einigen Wochen der 1902 zu Niederschöna geborene Sattler und Tapezierer Paul Max Drechsel aufgegriffen und festgenommen, der in der Nacht zum 18. April dieses Jahres gemeinsam mit dem 1899 zu Bromberg geborenen Krawattmacher Georg Leo Spojba aus dem Amtsgerichtsgefängnis zu Eilsterwerda ausgebrochen und seit dieser Zeit flüchtig war. Drechsel und Spojba haben seit dieser Zeit von Dresden aus regelrechte Raubzüge unternommen und ihre nächtlichen Fahrten bis in die Torquarer Gegend ausgedehnt. Vornehmlich suchten sie aber das sächsische Erzgebirge heim und plünderten oftmals unter Ausbeutung von Genossen bis zu drei vier Bauernwirtschaften in einer einzigen Nacht. Spojba konnte schon vor der Festnahme des Drechsel bei Einbrüchen in der Tharandter Gegend verhaftet werden. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, kommen diese beiden Genossen bei rund hundert Einbruchsdiebstählen als Täter in Frage. Drechsel selbst ist bisher in 80 Fällen geständig, er wurde der Staatsanwaltschaft Freiberg zugeführt, wo gegen ihn die Hauptuntersuchung läuft.

Sauter. Unter Weineidsverdacht wurde eine 17jährige Holzarbeiterin verhaftet, die in einem beim Amtsgericht Schwarzenberg anhängigen Prozesse, in dem es sich um Klimente für ihr außereheliches Kind handelt, falsch geschworen haben soll.

Waldau. 2800 rückständige Steuerzahler. Nach amtlichen Feststellungen sind im Stadtkreis Waldau nicht weniger als 28000 Personen mit ihren steuerlichen Verpflichtungen im Rückstande. Das ist bei einer Einwohnerzahl von 80000 ein erhebliches Prozentmaß. Der Rat will zunächst noch von einer Zwangsweisen Einhebung der Steuerbeträge absehen. Er will nochmals die Steuerpflichtigen schriftlich auffordern, dann aber ohne Rücksicht gegen die Schumigen in Zwangswege vorgehen.

Waldau. Der von den Hausbesitzern als Stadtverordneter gewählte Oberlehrer Köckel, Vorsitzender des Waldauer Hausbesitzervereins ist wegen Unstimmigkeiten aus dem Hausbesitzerrat der Stadtverordneten ausgeschlossen worden. Köckel erklärte jedoch, daß er als „fraktionslos“ sein Stadtverordnetenmandat weiter ausüben werde.

Eigenheim-Gallenberg. Im Eisenbahngauge gestorben. Im Dresden-Reichenbacher Zuge wurde eine etwa 30 Jahre alte Reisende tot aufgefunden. Nach den sofort angestellten Ermittlungen handelt es sich um die ledige Weberin Frieda Walz aus Wülßen St. Jakob, die die Textilanstalt in Dresden besucht hatte. Da die Tot eine Karte bis Richtenheim-Gallenberg bei sich hatte, muß der Tod schon vor der Umsteigestation St. Egidien eingetreten sein. Die Mitreisenden vermuteten, daß die W. schlafe, bis in Reichenbach der Irrtum sich aufklärte.

Glauchau. Heiratsschwindler. Am 9. Juli ist hier ein angeblicher Bäckermeister Kurt Max Engelmann oder Erdmann aus Waldau-Bühls als Heiratsträger aufgetreten, der sich bei einer Witwe eingemietet hat. Er nahm deren Kredit in Anspruch, versprach ihrer Tochter Geschenke, schwindelte der letzteren einen Geldbetrag ab und verschwand.

Grünhain. Eigenartiges Wäskiednehmen. „Lebt wohl, ihr werdet mich nicht mehr in dieser Welt, auch nicht in Bitterfeld sehen.“ Mit diesen Worten verabschiedete sich ein hiesiger Einwohner von Bekannten am Bierisch, er ging nach Hause und erhängte sich. Andauernde Kergernisse haben den Liebesheldigen, sonst stets gut gelaunten 50-jährigen Mann bewogen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

Ghemm. Vermischtes. Der Rat der Stadt beschloß vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsausschusses und des Ausschusses der Stadtverordneten als Voranschlag auf Lieferung von Herbstkartoffeln ein Berechnungsheft bis zu 10000 Mark aus laufenden Mitteln zu bewilligen. Die hiesige Ortsgruppe des Republikanischen Reichsbundes hatte in den letzten Tagen sämtliche republikanischen Verbände und Parteien zu einer Sitzung geladen, die sich mit der Vorbereitung einer würdigen und der Bedeutung des Tages entsprechenden Feier des Verfassungstages beschäftigte. Aus der Mitte der erschienenen Verbände wurde ein Festauschuss gebildet, dem der Entwurf und die Durchführung eines entsprechenden Programms übertragen wurde.

Rochlitz. Bürgerlicher Sieg bei den Bezirksstagswahlen. Die Bezirksstagswahlen in der Amtshauptmannschaft Rochlitz ergaben eine bürgerliche Mehrheit. Es wurden 20 Bürgerliche, 8 Sozialdemokraten und 8 Kommunisten gewählt. Bisher gehörten dem Bezirke 15 Bürgerliche und 29 Linke an. Infolge Ausscheidens der Stadt Mittweida aus dem Bezirksverbande ist die Zahl der Abgeordneten verringert worden.

Dippoldiswalde. Der falsche Graf. Hier wurde bei 30 Jahre alte, in Miltzschau geborene Schuhmacher Franz Schulz in das Amtsgericht eingeliefert. Schulz, der in Schmiedeberg verhaftet wurde, behauptete dort meist ehemalige Offiziere, gab sich als Graf Egon von Oberstein, Graf von Schulenburg, Graf von Schulz usw. aus und versuchte durch die Vorspiegelung, daß er Rheinländer sei, Geldbeträge zu erhalten, was ihm auch in einigen Fällen gelang.

Neues aus aller Welt.

Die Ratten von Görbersdorf. Die Untersuchung über die Massenvergiftungen in der Dr. Dreher'schen Heilmittel-Anstalt in Görbersdorf in Schlesien hat ergeben, daß es sich um Ertränkungen an Paratyphus handelt. Da alle Futtermittel der Erdbreite angeschlossen einwandfrei gewesen sind, wird angenommen, daß die frisch aus dem Garten gelieferten Erdbeeren mit Paratyphusbazillen verunreinigt waren. Eine Düngung des Erdbeerbeetes hat während des letzten Jahres überhaupt nicht stattgefunden. Da aber in der Gemeinde Görbersdorf erhebliche Rattenplage vorhanden ist, ist der Verdacht der Übertragung der Bazillen durch die Ratten hervorzuheben. Bazillenträger sind in der Anstalt bisher nicht festgestellt. Von den 226 Patienten und 38 erkrankten Angestellten sind noch neun Personen wegen der Vergiftung in ärztlicher Behandlung, vier sind im ganzen gestorben. (Paratyphus ist eine andere Form des Unterleibstypus. Erreger ist der Paratyphusbazillus, von dessen zwei Typen eine auch als Erreger der epidemischen Flecktyphus angesehen wird. D. Red.)

Das Unwetter im Allgäu. Je mehr Berichte aus Lindau, der Bodenseeregion und dem Allgäu einlaufen, um so katastrophaler stellt sich das Unwetter vor vergangenen Dienstag dar. In den Allgäuer Alpen sieht es aus, als ob sie stundenlang von Artilleriefeuer beschossen wären. In der Umgebung von Kempten kam zu dem Sturm auch noch der Hagel, der das Sommer- und Wintergetreide vollkommen vernichtete. In der schweizerischen Bodenseeregion gleichen die Obstkarten wahren Schlachtfeldern. Der Hagel fiel stellenweise bis 30 Zentimeter Höhe. Ganze Wälder wurden auf den schweizerischen Ufern durch den Sturm umgelegt.

Grasfeuer in Amsterdam. Aus Amsterdam wird gemeldet, daß gestern in der Fabrikanlage des Niederländischen Petroleum- und Abfallgesellschaft ein Grasfeuer entbrannt ist. Ein ungefähr 1 1/2 Millionen Liter fassender Petroleumbehälter fing Feuer und explodierte. Andere Behälter sind ebenfalls in die Luft geflogen. Amsterdam soll vom Feuer bedroht sein, da die Feuerwehr nicht in der Lage ist, des Feuers Herr zu werden. Es soll auch Tote und Verwundete gegeben haben.

Zwei Personen bei einem Automobilunglück getötet. Bei Toledo im Staate Ohio stieß ein Personenzug mit einem Touristenautomobil zusammen, in dem sich 10 Personen befanden. 12 Insassen wurden getötet. Alle übrigen Insassen des Wagens wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Ein polnischer Massenmörder. Die Polizei in Grodno verhaftete einen gewissen Stanislaus Hosiak und dessen Frau die verdächtig waren, einen Mord verübt zu haben. Im Zuge der Untersuchung machte Hosiak das Geständnis, im Laufe der Jahre mit seiner Frau einundfünfzig Personen ermordet und beraubt zu haben. Die Schaulücke dieser verbrecherischen Taten waren zahlreiche Orte Kongresspolens und Galiziens.

Ein Reibbild. Die eingehende Korrespondenz bei der Firma Müller und Schulze bringt, wie das heutige eine allgemeine Ermahnung ist, betraue nur Nachrichten von Seiten der Gläubiger. Das ist natürlich nicht angewandt und hat sich bereits nur Verdruß und Mißstimmung zur Folge. Die Herren Müller und Schulze sind nun nach diesem Mißgeschick auf eine glänzende Idee gekommen, von der sie ihre Gläubiger durch nachfolgendes Rundschreiben unterrichten: „Von setzen unserer Gläubiger geben uns andauernd Mahnungen zu, jedoch können wir leider nicht so, wie wir selbst gerne möch-

ten, denn auch unsere Kundschaft zahlt nicht oder nur sehr langsam. Wir können nur im Verhältnis zu unseren eigenen Eingängen Zahlung machen und, um nun keinen unserer Gläubiger zu bevorzugen, haben wir in unserem Geschäft die Einrichtung getroffen, daß wir alle unbegleiteten Rechnungen nach dem Datum ordnen und mit laufenden Nummern versehen. Jede Woche werden 20 Nummern ausgelost und die betreffenden Rechnungen alsdann von uns bezahlt. Wir hoffen gerne, daß auch Sie mit dieser Finanzierungsart einverstanden sein werden, und würden uns freuen, Ihnen recht bald einen Treffer melden zu können. Sollten Sie aber wider Erwarten mit Mahnungen fortfahren oder gar unangenehm werden, dann möchten wir Sie von der Lotterie ausschließen.“ (Stimpfdruck.)

Der Notetat vom Reichstag angenommen.

Das nationalsozialistische Mißtrauensvotum abgelehnt. Abg. Dietrich-Baden (Dem.) berichtet über die Verhandlungen des Hauptausschusses, die heute vor der Plenarsitzung stattgefunden haben. Der Hauptausschuss befürwortet die unveränderte Annahme der Vorlage des Notetats. Im Ausschuss wurde bemängelt, daß über die Reichsfinanzen nach Abtrennung von Post und Eisenbahn keine Uebersicht mehr möglich sei, und es wurde deshalb Auskunft vom Verkehrs- und Postminister verlangt.

Reichsverkehrsminister Dejer gibt darauf Auskunft über die Finanzen der Verkehrsverwaltung. Der neue Haushalt rechnet mit einem rechnermäßigen Fehlbetrag von 85 Millionen.

Mit zur dritten Lesung gestellt wird ein Antrag der Mittelparteien auf Gewährung von Krediten an die wirtschaftliche Selbsthilfe der deutschen Studenten.

Weiter liegt das Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten vor.

Abg. Graf Berchenfeld (Bayr. Opt.) fordert Räumung des Ruhrgebietes und Wiederherstellung der deutschen Hoheit als Garantie für die Durchführung des Wunsches. Die Schuldlage muß immer wieder zurückgewiesen werden. Wenn die Reichsregierung bei den künftigen Verhandlungen diesen Forderungen Rechnung trage, dann werde sie auf die Unterstützung der Bayerischen Volkspartei rechnen können.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschftl. Vereinig.) legt der Regierung gleichfalls Unterstützung zu, wenn sie die bekannten Forderungen auf Räumung des Ruhrgebietes in London mit allem Nachdruck verlangt.

In auswärtigen Fragen müsse die Opposition zurücktreten, um die Einheitsfront gegenüber dem Auslande aufrecht zu erhalten.

Abg. Dr. Hoejisch (Dnt.) bezeichnet die intensivste Teilnahme Americas in London als bedeutsam, aber die Reizung zum Mißtrauen bleibe bestehen, weil das deutsche Volk schon oft in seinen Hoffnungen getäuscht und betrogen worden sei.

Abg. Bartels (Rom.) erklärt, die große Raybalderei in London gehe nur darum, ob der englische oder der französische Imperialismus und Kapitalismus die Oberhand gewinnen soll.

Abg. Schröder-Reddenburg (Nationalsoz.) wendet sich gegen die Zerstückelung der deutschen Eisenbahnhöhe. Die „rote Fahne“ habe eine gute Tat vollbracht, indem sie das Eisenbahngesetz verabschiedete. Das Sachverständigengutachten sei ein Schandmal, das Deutschland zu einer Regatolonie des internationalen Kapitalismus mache.

Damit schließt die Aussprache. Der Notetat wird in dritter Lesung in den Schlussabstimmungen gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen. Eine kommunistische Entschließung, die die Ausreiserechtsverhältnisse für die von der kommunistischen Arbeiterhilfe nach Frankreich zu entsendenden Kinder fordert, wird abgelehnt. Es folgt dann die namentliche Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten.

Für das Mißtrauensvotum stimmen mit den Nationalsozialisten nur noch die Kommunisten, dagegen stimmen die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten, die Sozialdemokraten, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftsvereinigung. Die Deutschnationalen enthalten sich der Abstimmung. Das Mißtrauensvotum wurde mit 172 gegen 62 Stimmen bei 79 Enthaltungen abgelehnt. (Beifall in der Mitte.)

Die Anträge der Nationalsozialisten und Kommunisten auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar über die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen werden mit 168 gegen 133 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird eine Ausschussentscheidung, wonach alle von der Reichsregierung oder von den Landesregierungen ergangenen oder aufrecht erhaltenen Verbote von politischen Parteien aufzuheben sind. Die Ausschussentscheidung, die die Aufhebung der bayerischen Ausnahmeverordnung gegenüber der kommunistischen Presse verlangt, wird ebenfalls angenommen. Eine Entschließung, die die Verordnung des Reichspräsidenten über die Neuregelung der Rechte der Presse aufzuheben, geht an den Rechtsausschuss zurück, weil die Regierung neue Richtlinien in Aussicht gestellt hat. Aus den Reihen der Kommunisten wird dem Präsidenten bei der Abstimmung das Wort „Schieber“ zugerufen.

Als der Präsident den Juristen auffordert, sich zu melden, bleibt es bei den Kommunisten still. Als darauf im ganzen Hause stürmische Rufe „Freilicht!“ ertönen, antworten die Kommunisten mit lautem Gelächter, ohne daß der Jurist sich meldet.

Der Ausschussbericht über die Wiederaufnahme der Verfahren beim bayerischen Volksgericht wird in zweiter Lesung erledigt.

Bei der dritten Lesung erhebt Abg. Dr. Bredt (Wirtschftg.) Einspruch. (Lobender Rärm der Kommunisten). Die Angelegenheit muß vertagt werden.

Der Präsident schlägt darauf Vertagung vor und bittet, ihn die Abstimmung des nächsten Sitzungstages und der Tagesordnung zu überlassen. Der Reichstag solle wieder zusammenberufen werden, wenn die zu dem Tagesgutachten gehörigen Gesetze vorliegen. Das Haus ist damit einverstanden. Man rechnet damit, daß der Reichstag Mitte August wieder zusammentritt.

dann schon erschüttern, die Teildepression t daselbst, so- Regengebiet, streifen wird. r Druck über Tendenz zu nnabend spät am Bahnhof- mer in Greiz eine Anzahl gebracht und Hof eingestrich- to zur Rück- noch unaufr- Versuche, das- den, hatten in Benzin in- glieder der er Schleich- fast bis auf- mlich erheb- erf, der hier erschwindelt z der betref- die männ- che auf. Im enoberhaupt kamen die- gen auf den ein Ende wurde am- nes hiesigen bei Gader- nisten Un- nen Besch- linen Baum- ungen da- sodas die- aatstanzel- losen, daß- enen Fest- ist also im- Juli 1924. terium die- unter Ju- und Wohl- Juli 1924- (angsteuer)- ht worden- rram ge- agraph 28- ehung der- die Ge- der deren- 20 Pro- 200000- ntschaupt- zu er- träge der- den Em- en Brie- en ihres- rkrankheit- auch aus- und der Post- er außer- in düste- in dem- en ver- und den- in zwei- an der- Hand. er Bahn- ach nur- enden- raffen, Nicht- i. Er- gen in- Rücken- wie bei- ht, ge- drein, Wind- de mit- „Ja, general, entlich, neun- var es- mmen. e, um- n Kol- lieber- ledigt- e sehr- taillen- genau- etc.